

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND DASEINSVORSORGE IM LÄNDLICHE RAUM AM BEISPIEL THÜRINGENS

HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG
BAND 14

Maja Eib | Daniel Braun



ISBN 978-3-95721-014-2



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © Norbert Auweiler

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-014-2

INHALT

5 | GELEITWORT

7 | VORWORT DER AUTOREN

11 | DER DEMOGRAFISCHE WANDEL ALS HANDLUNGSFELD
FÜR DIE POLITIK IN THÜRINGEN

- Entwicklungen von 1990 bis 2012..... 11
- Finanzpolitik: Solidität und Haushaltsdisziplin als
Investition in die Zukunft..... 17
- Demografischer Wandel als Herausforderung für Wirtschaft
und Bildungsstrukturen 19
- Soziale Daseinsvorsorge 27
- Medizinische Versorgung 30
- Kommunen und Ehrenamt 33

39 | SCHLUSSBEMERKUNG

40 | WEBLINKS

41 | REFERENTEN UND DISKUTANTEN

46 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

47 | PUBLIKATIONSREIHE
„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“



© TMBLV

GELEITWORT

*des Ministers für für Bau, Landesentwicklung
und Verkehr des Freistaates Thüringen,
Christian Carius*

Die Gestaltung des demografischen Wandels gehört zu den Prozessen, von denen die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft entscheidend abhängen wird. Wie müssen Infrastrukturen angepasst werden, wenn es in Zukunft deutlich weniger Nutzer geben wird? Welche

Auswirkungen hat die starke Alterung der Bevölkerung auf unser Zusammenleben? Welche Herausforderungen müssen angegangen, welche Chancen und Potenziale können genutzt werden?

Diese Fragen können Politik und Gesellschaft nur gemeinsam beantworten. Es wäre fatal, die prognostizierten Prozesse nur zu begleiten. Die Thüringer Landesregierung sieht die aktive Gestaltung des demografischen Wandels vielmehr als eine ihrer zentralen Aufgaben an. Auf die Herausforderungen wird es allerdings keine allgemeingültigen Antworten mit Patentrezepten geben. Unterschiedliche Entwicklungen, wie sie für Thüringen zu erwarten sind, erfordern entsprechende Konzepte und Instrumente.

Auf heterogene Entwicklungen in den Regionen müssen spezifische Antworten gefunden werden. Deswegen ist es von immenser Bedeutung, die erforderlichen Entscheidungen genau dort zu treffen, wo demografische Entwicklungen unmittelbar spürbar werden: in der Kommune.

Um Zukunftsvisionen zu entwickeln, ist es notwendig, alle verfügbaren Informationen über die demografischen Entwicklungen zu analysieren und sie zu diskutieren. Diese Aufgabe zählte zu den Hauptanliegen dieser Veranstaltungsreihe des Bildungswerks Erfurt der Konrad-Adenauer-Stiftung und sie wird auch in Zukunft weiter zu verfolgen sein.

Daher habe ich diese Schirmherrschaft gerne übernommen. Das Bildungswerk Erfurt der Konrad-Adenauer-Stiftung hat den demografischen Wandel zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht und hierzu viele Veranstaltungen auf den Weg gebracht. Die bisherigen Arbeitsergebnisse können nun der vorliegenden Publikation entnommen werden. Dafür danke ich und wünsche weiterhin viel Erfolg.

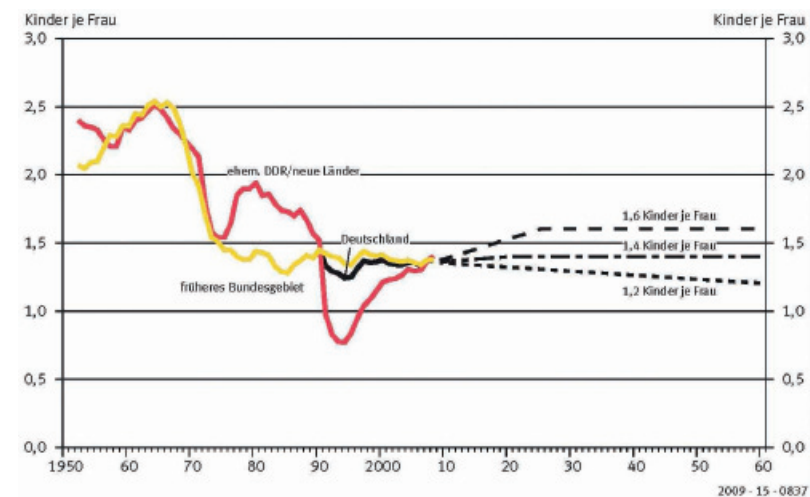
Christian Carius

*Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
des Freistaates Thüringen*

VORWORT DER AUTOREN

Der demografische Wandel ist kein Zukunftsphänomen mehr, sondern eine Tatsache und wird sich zu einer der bedeutendsten Herausforderungen für Deutschland und nahezu allen westlichen Industrieländern entwickeln. Die Entwicklung der Bevölkerung lässt sich mit hoher Zuverlässigkeit prognostizieren. Grundlage sind die Geburtenstatistiken, Annahmen über Zuwanderung oder auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung. Bereits heute stellt in Deutschland die Gruppe der über 50-Jährigen 40 Prozent der Gesamtbevölkerung dar, während die Altersgruppe der unter 18-Jährigen lediglich 16 Prozent ausmacht.

Daher muss grundsätzlich von einer Abnahme der Bevölkerung in Deutschland ausgegangen werden. Auch wenn Deutschland derzeit noch einen leichten Zuzug verbucht, liegen die Geburtenziffern bei nur ca. 1,4 Kindern je Frau. In der Wissenschaft geht man davon aus, dass zum Erhalt einer Bevölkerung auf gleichbleibendem Niveau (ohne Zuzug) jede Frau ca. 2,4 Kinder bekommen müsste.



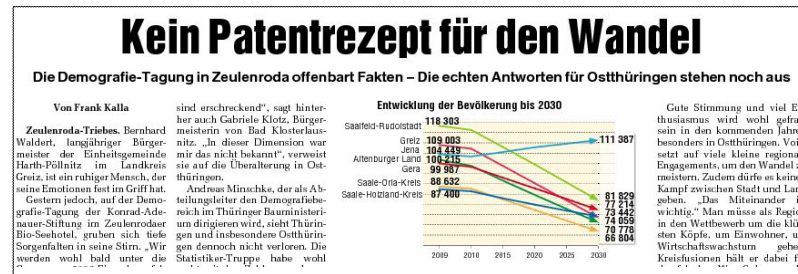
Zusammengefasste Geburtenziffer bis 2060

Ab 2009 Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundesamts für Statistik

Demzufolge wird sich das Durchschnittsalter der Bürgerinnen und Bürger dank einer fortschrittlichen Medizin und besserer Gesundheit erhöhen. Die daraus erwachsenden Veränderungen, sind nicht nur als statistische Größe zu messen, sondern in allen Lebensbereichen spürbar.

Der demografische Wandel vollzieht sich dabei nicht gleichförmig. Er weist sozioökonomische und regionale Unterschiede auf, doch werden diese auf die grundsätzlichen Auswirkungen keinen Einfluss haben.



Quelle: Ostthüringer Zeitung (OTZ) am 22.10.2010 zur 1. Tagung am 21.10.2010 in Zeulenroda

In dieser Hinsicht zeichnen sich zwei gegenläufige Entwicklungen ab: Wir beobachten an Bevölkerungszahl wachsende oder konstante Metropolregionen und Wirtschaftszentren sowie dem gegenüber abnehmende Bevölkerungszahlen in den ländlichen Räumen. Diese auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland übertragbare Prognose erfährt in den neuen Bundesländern ein zusätzliches Element. Die besondere historische Situation der Wiedervereinigung mit den damit verbundenen Prozessen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, führten zu starken arbeitsmarktbedingten Migrationsbewegungen der jungen und insbesondere weiblichen Generation in die alten Bundesländer. So wurde der durch eine geringe Geburtenrate ohnehin erwartbare Bevölkerungsrückgang zusätzlich verstärkt. Dies konfrontiert die neuen Bundesländer früher mit den Folgen des demografischen Wandels. Land, Kommunen, Verwaltungen und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger müssen nun diese Herausforderung gemeinsam annehmen und meistern.

Gerade der Freistaat Thüringen ist mit seiner kleinteiligen Struktur und einer mehrheitlich im ländlichen Raum lebenden Bevölkerung in vielfältiger Weise vom demografischen Wandel betroffen. Dieser wird daher auch bereits seit vielen Jahren vom Bildungswerk Erfurt der Konrad-

Adenauer-Stiftung in Veranstaltungen erörtert, um so mit den Thüringerinnen und Thüringern einen Zukunftsdialog zu den demografischen Herausforderungen zu etablieren.

In den Jahren 2010–2012¹ veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Tagungsreihe unter dem Titel „Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“. In drei Tagungen sprachen, jeweils auf die Region bezogen, Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildung und aus dem sozialen Bereich zu ihren Fachgebieten und diskutierten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Neben thematischen Impulsvorträgen lag ein besonderer Schwerpunkt auf den Diskussionen in verschiedenen Panels, in denen Experten, Multiplikatoren und die verschiedenen regionalen Akteure miteinander ins Gespräch kamen und sich über Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten austauschten.

Die vorliegende Publikation ist eine Zusammenfassung dieser drei Tagungen sowie verschiedener Einzelveranstaltungen und gibt die grundsätzlichen Aussagen und Thesen wieder. Thematisch orientiert sich die Gliederung an den Panels während der Tagungen, die besonders die Bildung und Wirtschaft, soziale Daseinsvorsorge sowie politische Verantwortung und ehrenamtliches Engagement vor Ort ins Zentrum stellten.

Neben den praktischen Herausforderungen in den verschiedenen Teilbereichen der Daseinsvorsorge wird der demografische Wandel auch die Finanzen der Bundesländer mit sinkender Bevölkerung beeinflussen und ihnen zusätzliche Disziplin und Weitsicht abverlangen. Konkret stehen sie erwartbaren Steuerrückgängen und mit dem Bevölkerungsrückgang korrelierenden Einnahmeverlusten aus dem Länderfinanzausgleich gegenüber.

Ziel der Publikation ist es, diese vielfältigen Facetten des demografischen Wandels gerade im ländlichen Raum am Beispiel des Freistaats Thüringen abzubilden sowie die Ergebnisse und Impulse aus dem Zukunftsdialog unserer Veranstaltungsreihe weiterzugeben.

Allen Impulsgebern und Multiplikatoren danken wir an dieser Stelle recht herzlich für ihre Mitwirkung, die differenzierten Diskussionen und den Ideenaustausch für die zukünftige Gestaltung unseres Landes.

Wir danken insbesondere dem in der Thüringer Landesregierung für Demografie zuständigen Fachminister und Schirmherren der Tagungsreihe Christian Carius (MdL) sowie dem Thüringer Finanzministerium für die inhaltliche Unterstützung.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein Zugewinn an Informationen und Ideen. Für Anregungen, Kommentare und Hinweise wenden Sie sich gerne an uns.

Erfurt, im Januar 2014

Maja Eib

*Landesbeauftragte Thüringen
Leiterin Politisches Bildungsforum
Thüringen der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V.*

Daniel Braun

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Politisches Bildungsforum
Thüringen der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

1| *Das in der Publikation zitierte statistische Datenmaterial wurde auf den aktuellen Stand zum Redaktionsschluss angepasst.*

DER DEMOGRAFISCHE WANDEL ALS HANDLUNGSFELD FÜR DIE POLITIK IN THÜRINGEN



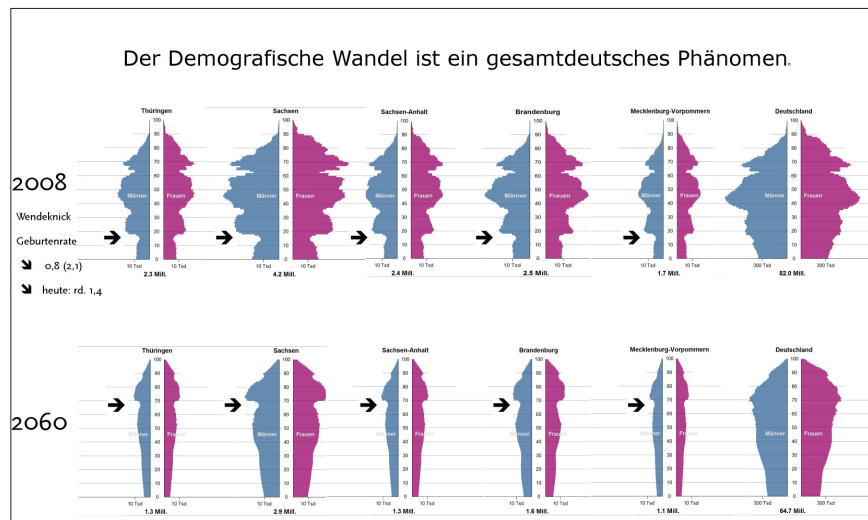
Minister Christian Carius bei der Tagung in Suhl 2011

ENTWICKLUNGEN VON 1990 BIS 2012

Das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (TMBLV) ist federführendes Ministerium innerhalb der Thüringer Landesregierung für die politische Gestaltung des demografischen Wandels im Freistaat Thüringen. Daher führten in allen Tagungen Vertreterinnen und Vertreter der Ministeriumsspitze in das Thema ein, so dass sowohl Minister Christian Carius, Staatssekretärin Inge Kwaan als auch Abteilungsleiter Ministerialdirigent Andreas Minschke als Referenten und für Diskussionen zur Verfügung standen.

Der demografische Wandel als Prozess ist dabei kein spezifisches Phänomen Thüringens, sondern er betrifft die gesamte Bundesrepublik Deutschland und viele ihrer Nachbarstaaten.

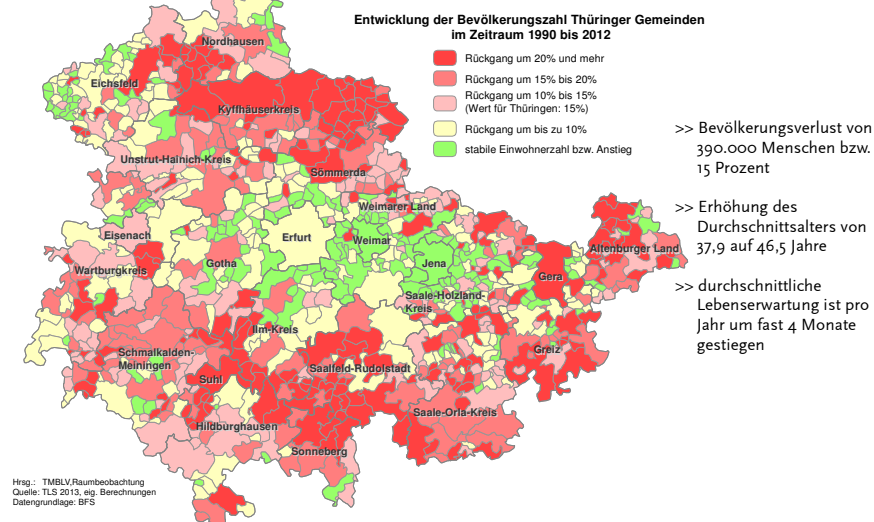
Die neuen Bundesländer stehen jedoch vor einer besonderen Situation: In ihnen sind die Auswirkungen der Wiedervereinigung, insbesondere der Geburtenrückgang und die starke Abwanderung zu Beginn der 1990er Jahre, merklich zu spüren. Daher sind die neuen Bundesländer den Folgen der demografischen Entwicklung, insbesondere denen der Alterung und des Bevölkerungsrückgangs, wesentlich früher und stärker ausgesetzt als der Großteil der alten Länder.



Der demografische Wandel beruht als komplexer Prozess auf vier Faktoren: einer instabilen Bevölkerungszahl, sich verändernder Bevölkerungsstruktur (Alterung), veränderter Bevölkerungszahl (Schrumpfung), Zu- und Abwanderung (Wanderungsverhalten) sowie Internationalisierung/Individualisierung als gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen. Je nach Ausprägung dieser Faktoren besteht eine räumlich und zeitlich spezifische Auswirkung der demografischen Prozesse.

In den thüringischen Kreisen Kyffhäuserkreis, Sömmerda, Gera, Altenburger Land, Greiz, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt, Sonneberg, Hildburghausen, Suhl und Schmalkalden-Meiningen schrumpfte die Bevölkerung bereits in den vergangenen 22 Jahren mit über 20 Prozent auffällig bei einem Gesamtverlust von 15 Prozent (absolut: 390.000 Personen) in dieser Periode. Zudem altern Thüringer Gemeinden recht unterschiedlich. Während einige Gemeinden schon ein Durchschnittsalter von über 50 Jahren aufweisen, liegt dieses häufig auch noch unter 45 Jahren. Städte, Gemeinden und auch Landkreise mit einem hohen Durchschnittsalter finden sich gehäuft in Ost- und Südwestthüringen (Suhl, Altenburger Land, Greiz), während die Städte Jena, Weimar, Erfurt sowie einige Landkreise in Nordthüringen unter dem Landesdurchschnitt liegen. Besonders Gebiete mit hoher Abwanderung sind zugleich stark von Alterungsprozessen betroffen.

Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 20 Jahren



Quelle: Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

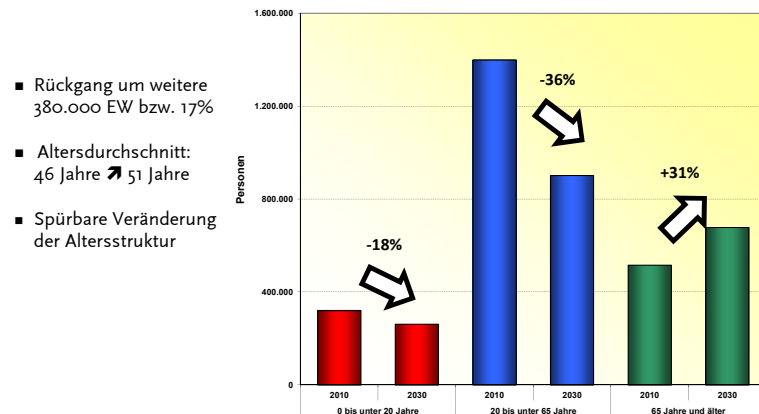
Die Ursachen für Bevölkerungsrückgang und starke Alterungsprozesse sind dabei sowohl in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung als auch in Migrationsprozessen zu suchen. Eine seit der Wiedervereinigung dauerhaft geringere Geburtenrate im Vergleich zur Sterberate und ein dauerhaft negativer Wanderungssaldo verstärkten sich hier wechselseitig.

Zwischen 1990 und 2012 betrug der Wanderungsverlust für Thüringen insgesamt rund 217.000 Personen. In den Jahren 2000 bis 2008 verlor Thüringen durch Abwanderungen jährlich rund 10.000 Personen. Seit 2009 werden die Wanderungsverluste mit jedem Jahr geringer und betrugen 2012 nur noch etwa 1.700 Personen. Der demografische Wandel ist deshalb ein zeitlich und regional differenzierter Prozess.

Auch in der Prognose bis 2030 ist, laut 12. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts, ein Rückgang um rund 15.800 Einwohner bzw. 41 Prozent für Suhl zu erwarten, für Thüringen selbst um ca. 18 Prozent. Das Durchschnittsalter wird bis 2030 um 12,6 auf 61,4 Jahre für die Stadt Suhl ansteigen, in Thüringen um 5,4 auf dann 51,4 Jahre.

Auch innerhalb einzelner Altersgruppen wird es zu erheblichen Verschiebungen kommen. Die Prognose für die Bevölkerungsstruktur lässt zwischen 2010 und 2030 etwa für die besonders vom demografischen Wandel betroffene Stadt Suhl einen Verlust von rund 2.500 Menschen im Alter von unter 20 Jahren, einen Verlust von rund 15.800 Menschen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerungsgruppe über 65 Jahren um rund 2.400 Personen erkennen.

Entwicklung der Altersgruppen (12. kBV)



Quelle: Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Die neuen Länder sind quasi Vorreiter bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel. Dies schränkt zwar einerseits eine Adaption bewährter Strategien mangels Verfügbarkeit erheblich ein, bietet jedoch gleichzeitig die Möglichkeit des Experimentierens mit neuen, alternativen Ideen und Lösungsansätzen, so dass man in diesem Zusammenhang überspitzt durchaus vom „Labor Ostdeutschland“ sprechen kann.

Wichtig ist hierbei insbesondere der Ansatz, den demografischen Wandel als ganzheitliches Phänomen zu betrachten und zu gestalten, da er auf alle Lebensbereiche wirkt.

Die Thüringer Landesregierung hat diese Herausforderung erkannt und darum die aktive Gestaltung des demografischen Wandels zu einer ihrer zentralen Aufgaben gemacht. In den einzelnen Ressorts wird die demo-

grafische Entwicklung bereits intensiv in das Planen und Handeln einbezogen. Nichtsdestoweniger ist es für die strategische Planung zur zukünftigen Entwicklung Thüringens absolut notwendig, sich insbesondere mit den folgenden vier Thesen auseinander zu setzen:

- Die Zukunft bringt einen Wettbewerb der Regionen.
- Politik und Verwaltung müssen sich vom Denken in administrativen Einheiten lösen und kooperativ, integrierend und grenzüberschreitend denken und handeln.
- Gerade im ländlichen Raum gilt es, alle Potenziale zu nutzen und zu entwickeln.
- Das Zentrale-Orte-System wird als Konzept zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum an Bedeutung gewinnen.



Staatssekretärin Inge Klaan erläuterte die Maßnahmen des TMBLV

Jedoch muss es flexibler an die Veränderungen des demografischen Wandels angepasst werden, um den räumlich und zeitlich unterschiedlich verlaufenden Entwicklungen gerecht zu werden.

Die heutige Form der weitgehend flächendeckend vorherrschenden Vollversorgung mit Infrastrukturen der Daseinsgrundfunktionen ist nicht zu halten und muss neuorganisiert werden. Differenzierte Strategien und

Lösungsansätze werden an die Stelle liebgehabter Standards treten (dezentrale, mobile Infrastrukturen). Privatwirtschaftliches und bürgerschaftliches Engagement sind wichtige unersetzliche Hilfen bei der Daseinsvorsorge.

Die Förderstrukturen von Bund und Ländern müssen flexibler werden und sich permanent an vollziehende Entwicklungen aktiv und proaktiv anpassen. Alternative und flexibel einsetzbare Fördermodelle sowie Öffnungsklauseln in bestehenden Instrumentarien sind zu entwickeln und permanent auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Trotz der großen Herausforderung der demografischen Entwicklung können und müssen bestehende *Entwicklungspotenziale* genutzt werden, um sich im Sinne einer Doppelstrategie einerseits dem berechneten Zuwachs an 65-Jährigen und Älteren bei gleichzeitig zunehmendem Verlust berufstätiger Menschen zwischen 20 und 65 Jahren *anzupassen*, andererseits ihm auch *entgegenzusteuern*.

Wachstumspotenziale bestehen unter anderem im:

- *Handwerk*: Hier tritt die Unterstützung beim Wohnen und in der Lebensgestaltung in den Vordergrund, wie z. B. die Anpassung von Produkten an die geänderte Zielgruppe, bei Umbau- und Anpassungsleistungen (Wohnraum, Inventar, Wohnumfeld, Eingangsbereich) sowie bei neuen Dienstleistungen (z. B.: Hausbesuchen).
- *Tourismus*: Senioren stellen hierbei eine kontinuierlich wachsende Zielgruppe dar aufgrund ihrer hohen Affinität zu Inlandsreisen, längerer Aufenthalte und höherer Ausgaben (als bei jüngeren Menschen) und ihres Interesses an Reisetemen, in denen Thüringen überwiegend gut positioniert ist (Wandern und Natur, Kultur und Städte, Gesundheit und Erholung, Genuss und Regionalität).
- *Gesellschaft*: Ältere Menschen bringen sich vielfältig durch ehrenamtlichen Engagement ein (sozialer Bereich, Tourismus, Vereinsleben, öffentliches Leben, Wirtschaft).

Zur Bewältigung der demografischen Herausforderung verfügt Thüringen bereits über eine ausgebaute Infrastruktur: Zur Analyse werden regelmäßig Demografieberichte veröffentlicht. Um eine aktive Demografiepolitik zu gewährleisten hat die Landesregierung folgende Instrumente:

- Serviceagentur Demografischer Wandel
- Demografiebericht Teil 2 und 3
- Demografische Themenjahre und Thüringer Zukunftspreis
- Landesentwicklungsprogramm 2025 (LEP)
- Modellprojekte (z.B. EURUFU)

Bei der ländlichen Entwicklung kommt der Kommune eine wichtige Bedeutung zu, da eine Vielzahl von weichen Standortfaktoren die Attraktivitätsmerkmale einer Kommune als Wohnort bestimmen. Ein Zukunfts-

faktor der Kommune ist ihre Familienfreundlichkeit. Dabei wirkt ein aktives Gemeindeleben und attraktives Ortsbild positiv auf die Standortattraktivität. Zudem stellen eine gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, vorhandene Betreuungsangebote und eine gut funktionierende soziale Infrastruktur weitere begünstigende Zukunftsfaktoren dar. Ein vorhandenes Regionalbewusstsein und Heimatstolz sind auch für Neuthüringer und Rückkehrer wichtige Argumente zum Verbleib in einer Kommune.

Eine demografiepolitische Herausforderung ist es, ein koordiniertes und gemeinschaftliches Handeln aller beteiligten Akteure zu etablieren. Die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit der Zukunftsfähigkeit des Freistaats ist zu gewährleisten. Hierfür sollten eine nachhaltige und demografiefeste Planung und Investitionspolitik betrieben und sowohl Wachstums- als auch Anfangsstrategien entwickelt werden.

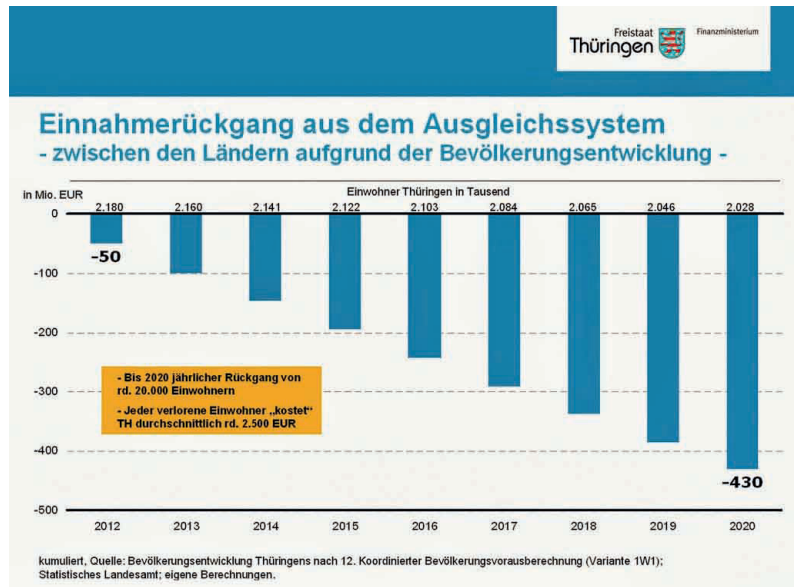
Das TMBLV sieht den Freistaat Thüringen vorbereitet, um der demografischen Herausforderung zu begegnen. Hierbei unterstrichen alle Ministeriumsvertreter unisono, dass Engagement und Innovation vonseiten der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich sind, da nur dann die Förder- und Unterstützungsinstrumente der Landesregierung sich entfalten können.

FINANZPOLITIK: SOLIDITÄT UND HAUSHALTSDISZIPLIN ALS INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Der Freistaat Thüringen musste infolge der notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Beseitigung von Umweltlasten der DDR hohe Verbindlichkeiten aufbauen, die die Handlungsfähigkeit des Bundeslandes erheblich beeinflussen können, wenn der Konsolidierungspfad nicht konsequent beschritten wird. In dieser Hinsicht sind mit der 2009 beschlossenen Schuldenbremse bereits klare Haushaltsziele verbunden, doch kann eine solide Haushaltspolitik nur gestaltet werden, wenn insbesondere die Folgen und Handlungsanweisungen aus dem demografischen Wandel berücksichtigt werden, da diese die finanziellen Spielräume des Freistaats Thüringen ebenfalls beeinflussen werden.

Ein großer Teil der Finanzströme wird im Ausgleichssystem der Länder anhand der Einwohner gelenkt. Verliert Thüringen im Vergleich zu den anderen Ländern Einwohner, bekommt der Freistaat weniger Geld – das

macht 2.500 Euro je Einwohner aus. Bis 2020 wird Thüringen ca. 430 Millionen Euro weniger Einnahmen aufgrund der rückläufigen Bevölkerung verkraften müssen. Diese absehbaren Einnahmeverluste gilt es in die aktuelle Finanzplanung einzubeziehen und darüber hinaus, Investitionen in allen Bereichen auf ihre demografische Nachhaltigkeit hin zu überprüfen.



Quelle: Thüringer Finanzministerium

Als Folge dessen muss auch die Mitarbeiterzahl in der öffentlichen Verwaltung dem Bevölkerungsrückgang angepasst werden. Dabei gilt es nicht nur die Größe der Verwaltung an die Einwohnerzahl anzupassen, sondern auch verantwortlich mit künftigen Pensionslasten umzugehen, die von den Bürgerinnen und Bürgern in der Zukunft getragen werden müssen.

Der Freistaat Thüringen trägt dieser Entwicklung Rechnung. Unter Federführung von Finanzminister Dr. Wolfgang Voß wurde für 2013 und 2014 ein Doppelhaushalt ohne neue Schulden verabschiedet, in welchem jeweils 65 Millionen Euro alte Schulden getilgt werden. Damit stellt der Regierungsentwurf zweifellos eine Zäsur dar, denn das Haushaltsvolumen sinkt in zwei Schritten gegenüber 2012 um rund 150 Millionen Euro. 2014 wird ein Gesamtvolumen i. H. v. rund 8,9 Milliarden Euro zur Verfü-

gung stehen. Der Personalabbau wird weiter fortgeführt: Der Haushalt 2013 weist nunmehr 8.818 wegfallende Stellen aus. Das Haushaltsbegleitgesetz enthält eine Reihe auch struktureller Maßnahmen zur Verwaltungsreform, die mittelfristig zu dauerhaften Haushaltsentlastungen führen. Die Kommunalzuweisungen betragen rund 2,6 Milliarden Euro und damit wiederum ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens. Die Haushaltsplanung 2013/2014 knüpft an die der Jahre 2007/2008/2009 an, in denen schon einmal ausgeglichene Haushalte gelungen sind, wagt aber den weiterführenden Schritt der Schuldentilgung.



Finanzminister Dr. Wolfgang Voß

Zweifellos sind nicht alle Haushaltsprobleme auf den demografischen Wandel zurückzuführen, doch sind gerade dessen finanzielle Auswirkungen absehbar, wodurch verantwortungsvolle Finanzpolitik diese bereits für die Zukunft einbeziehen muss.

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS HERAUSFORDERUNG FÜR WIRTSCHAFT UND BILDUNGSSTRUKTUREN

Der demografische Wandel beeinflusst bereits heute die Arbeit der Akteure aus Wirtschaft und Bildung. In den Tagungen waren insbesondere die Themen Fachkräftegewinnung, Schulnetzplanung als natürlich auch Fragen der Infrastruktur von großer Bedeutung. In den Vorträgen und Panels kamen sowohl Experten aus Verwaltung, Verbänden und Bildung als auch Unternehmer zu Wort.

Der Fachkräftebedarf stellt viele Unternehmen vor große Herausforderungen, was sich umso stärker im ländlichen Raum zeigt. Dies gilt sowohl für das Arbeitskräftepotenzial als auch für Auszubildende.



Dr. Cornelia Haase-Lerch,
IHK Erfurt

Dr. Cornelia Haase-Lerch, IHK Erfurt Abteilung Standortpolitik, skizzierte bei der Tagung in Heiligenstadt 2012 die zu erwartende Entwicklung sowie Handlungsanweisungen für die Akteure wie folgt:

Im Zeitraum 2010–2025 Jahre wird das Erwerbspotenzial in Deutschland um 6,5 Millionen Personen zurückgehen. Im Bundesländervergleich belegt Thüringen den vorletzten Platz vor Sachsen-Anhalt. Während bis zum Jahr 2020 Thüringen einen überdurchschnittlichen Rückgang

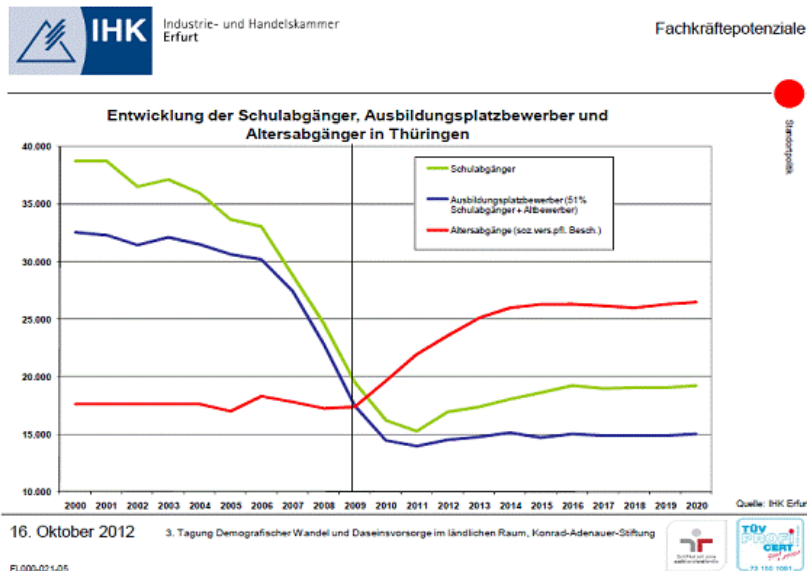
an Erwerbspersonen von 19,4 Prozent aufweist, wird Sachsen-Anhalt 21,3 Prozent seiner Erwerbspersonen verlieren. Demgegenüber liegt der bundesdeutsche Durchschnitt bei 3,3 Prozent. In den letzten Jahren kommt in Thüringen zu diesen demografischen Faktoren noch eine günstige Wirtschaftsentwicklung hinzu, die durch erhöhte Nachfrage den Wettbewerb rückgängig mit beeinflusst. Laut der Fachkräftestudie des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT) werden bis 2020 200.000 Arbeitskräfte benötigt, davon entsprechen 180.000 dem Ersatzbedarf und 20.000 dem zu erwartenden Neubedarf.

In Anbetracht der Entwicklungen der Schulabgänger und Ausbildungsplatzbewerber in Thüringen (siehe Folie) gewinnen für Unternehmen bei der Akquirierung von Bewerbern die kommunale Vernetzung bzw. die Vernetzung vor Ort und der Bekanntheitsgrad an Bedeutung. Aus der Studie des Instituts für Mittelstandsforschung geht hervor, dass mittel- bis langfristig 49,4 Prozent der Betriebe einen Mangel an Fach- bzw. Führungskräften sowie 44,5 Prozent steigende Personalkosten erwarten. Laut der Konjunkturumfrage 2012 der IHK Erfurt haben bereits heute 31,9 Prozent der befragten Thüringer Unternehmen Schwierigkeiten ein bis drei offene Stellen langfristig zu besetzen. Insgesamt konnten im Jahr 2011 ca. 57,5 Prozent der IHK-Unternehmen offene Stellen in ihrem Betrieb nicht mehr besetzen. Als Reaktion auf den Fachkräftemangel wollen 51,7 Prozent der Betriebe verstärkt ausbilden. Jedoch lässt sich dieser Wunsch nicht überall verwirklichen. So kommen im Erfurter Raum auf einen Auszubildenden drei Unternehmen, im Kyffhäuserkreis hingegen nur 0,7 Unternehmen.

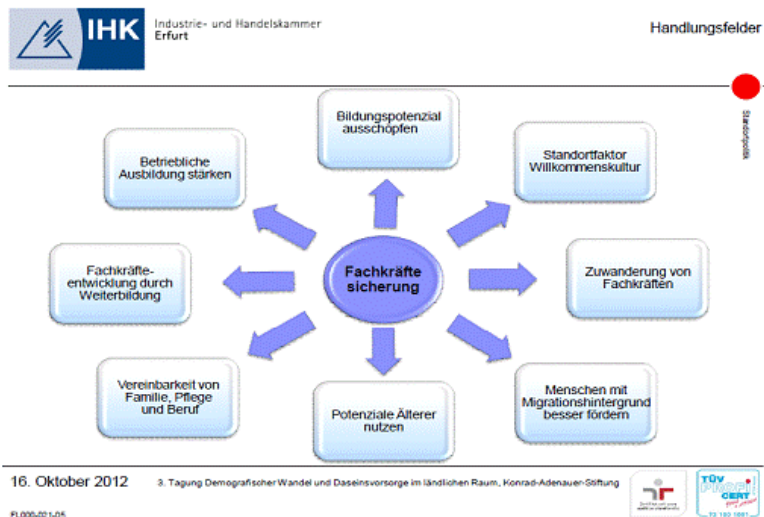
Gleichzeitig werden die Unternehmen in Thüringen genau dann mit einem Ersatzbedarf an Nachwuchskräften konfrontiert, wenn das Neuangebot an jungen Fachkräften drastisch schrumpft. In der Ansiedlungspolitik muss daher bei der Lehrlingsgewinnung die Mobilität verstärkt in den Blick genommen werden. Auch die Werbung und die Erhöhung des Bekanntheitsgrades regionaler Akteure sollte stärker forciert werden. Um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, sind Betriebe zunehmend dazu angehalten, ihnen ein „Rundum-sorglos-Paket“ mit KITA-Betreuungsmöglichkeiten und Weiterbildungsoptionen anzubieten. Dabei werden die Kosten für Weiterbildung zukünftig steigen, da ältere Arbeitnehmer eine längere Aufrechterhaltung des Bildungspotenzials fordern.

Parallel dazu gibt es einen Rückgang der Existenzgründerzahlen. Aufgrund der Tatsache, dass insbesondere Leistungsträger das Land verlassen, stehen nur bedingt geeignete Persönlichkeiten für innovative Gründungen oder für die Nachfolge zur Verfügung.

Es gibt verschiedenste Bereiche, in denen Unternehmen aktiv werden können, um ihre Fachkräftegewinnung und -sicherung zu decken. Die Praxis hat gezeigt, dass Unternehmen, die qualitativ und über Jahre ausgebildet haben, aktuell noch keinen Fachkräfteengpass haben. Auf politischer Ebene wurde das nationale Fachkräftesicherungspaket verabschiedet. Die Kampagne „Thüringen braucht Dich“ ist Bestandteil dieser



Quelle: Industrie- und Handelskammer Erfurt



Quelle: Industrie- und Handelskammer Erfurt

Strategie. Auch die IHK Erfurt hat eigene Initiativen und Projekte zu diesem Thema auf den Weg gebracht. So wurde u. a. das Beratungsportfolio angepasst, und auf der IHK-Homepage kann auf den IHK-Fachkräftemonitor Thüringen und den Demografierechner zugegriffen werden.

Dr. Ralf Pieterwas, Hauptgeschäftsführer der IHK Südthüringen, bezog sich bei der Gewinnung von Fachkräften bei der Tagung 2011 besonders auf den Aspekt der Zuwanderung. Vor dem Hintergrund, dass beispielsweise im Jahre 2008 682.000 Menschen nach Deutschland eingewandert sind, erscheint ihm eine gesteuerte Zuwanderung von jährlich 500.000 Fachkräften angesichts der reformierten Einwanderungspolitik und den gewonnenen Freiheitsgraden der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union durchaus erreichbar zu sein. Auch unter dem Gesichtspunkt einer Folgenminderung demografischer Effekte wären deshalb die Zuwanderung von Fachkräften, die dringend erforderliche Bewertung der Qualifikation von Zuwanderern, das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie die voraussichtliche Gleichstellung ausländischer Berufsabschlüsse mit heimischen Berufen durch IHKs, andere Kammern und Institutionen ab dem 1. April 2012, Schritte in die richtige Richtung.

Die Unternehmen werden auf den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen und Deutschland reagieren müssen. Die Ausweitung von Produktionskapazitäten müsste daraufhin möglicherweise im europäischen Ausland erfolgen, was durchaus die europäische Kohäsionspolitik fördern würde. Nicht zuletzt die eingeleitete Energiewende würde gleichsam diesen Handlungsdruck erzeugen. Erste namhafte Unternehmen in Thüringen signalisierten hier bereits eine Verlagerung in diese Richtung.

Allerdings machen sich Probleme bei der Stellenbesetzung in Thüringen erst bei einem Drittel der Unternehmen bemerkbar. 31 Prozent der Thüringer Unternehmen konnten ein bis drei Stellen nicht besetzen, 7 Prozent hatten Probleme bei der Besetzung von vier und mehr Stellen (IHK-Umfrage in 3.000 Thüringer Unternehmen).

Ähnliches spielt sich im Bereich der Erstausbildung ab. Nach einschlägigen Untersuchungen gehen inzwischen 84 Prozent der Unternehmen Kompromisse ein, wenn es um die Ausbildungseignung und entsprechende Kompetenzen der Jugendlichen geht. Immer öfter scheitern Versuche der Unternehmen, überhaupt einen geeigneten Azubi zu finden.

Hinzu kommt die sinkende Zahl der Schulabgänger, die inzwischen den niedrigsten Stand seit der Neugründung des Freistaats erreicht hat. Die Unternehmen müssen sich daher zunehmend kreativer zeigen, um den Fachkräftenachwuchs über Ausbildung zu sichern, auch wenn bereits verstärkte Kooperationen mit Schulen, ein größeres Angebot an Schülerpraktika und Ferienarbeit, die Zunahme der Beteiligung an Berufsinformationsmessen sowie echte werthaltige Zusatzleistungen für Azubis wie Wohnungen am Betriebsort und Zuschläge zur Ausbildungsvergütung bei besonderem Engagement zu beobachten sind.

Problematisch wird dabei der Verlust der sogenannten fluiden Intelligenz. Sie stellt die Voraussetzung für technische und wissenschaftliche Leistungen dar und nimmt, neurologisch bedingt, ab dem 30. Lebensjahr ab. Das bedeutet für Unternehmen mit wachsendem Altersschnitt Produktivitätsverlust und nachlassende Innovationsfähigkeit. Dies könnte zur größten demografisch bedingten Herausforderung für die Thüringer Wirtschaft werden und den Anschluss an die alten Bundesländer in der Schlüsselposition Produktivität weiter verzögern, wenn es nicht gelingt, den ordentlichen Unternehmensbestand mit eigenen innovativen Produkten mit entsprechender Preisdurchsetzungskraft am deutschen und internationalen Markt besser zu platzieren.

Sowohl in der Eigenwahrnehmung, wie zum Beispiel schon in Schulen, als auch in der Wahrnehmung von außen ist dabei ebenso am Image Thüringens sowie am Marketing zu arbeiten. Die IHK Südthüringen hat in Hinblick auf Marketing für Region und Wirtschaft bereits in den vergangenen Jahren verschiedene Projekte initiiert. Jüngstes Kind ist die Jugendkampagne *t-wood*, die mit einer Internetplattform, einem Jugendmagazin und Festivals Jugendliche ansprechen und eine Bindung zur Region aufbauen möchte. Die *Lange Nacht der Industrie* und der *DAK-Firmenlauf* sind weitere Events, welche durch professionelle Medienbegleitung den Menschen in der Region vermitteln, was es für tolle Arbeitsplätze und Unternehmen im Thüringer Wald gibt, und die aufgrund ihrer großen Resonanz fortgesetzt werden sollen.



Claudia
mann-Uthe
Claudia Lehmann-Uthe
von der Bauerfeind AG

Die Unternehmensvertreter verwiesen in ihren Beiträgen auf konkrete Probleme vor Ort, aber auch auf das Spannungsverhältnis, wonach nicht allein quantitative Betrachtungen angestellt werden können.

Claudia Lehmann-Uthe, Leiterin des Personalmarketings der Bauerfeind AG aus Zeulenroda erläuterte während der dortigen Tagung 2010 in ihrem Beitrag, dass ein innovatives Unternehmen nicht nur eine bestimmte Anzahl von Mitarbeitern gewinnen muss. Vielmehr brauche man

Mitarbeiter, die kreativ und motiviert genug sind, um dafür zu sorgen, dass ein Wettbewerbsvorsprung gegenüber Mitbewerbern am Markt erhalten bleibt. Dazu werden einerseits interessierte Azubis und Absolventen von Berufsakademien, Fachhochschulen sowie Universitäten benötigt. Andererseits ist aber auch die Anwerbung versierter Fach- und Führungskräfte, die gegebenenfalls aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland kommen, notwendig. In dieser Hinsicht verwies sie darauf, dass dies nicht nur ein Wettbewerb der Gehälter und Aufstiegsmöglichkeiten ist, sondern dass auch die Attraktivität der weichen Standortfaktoren von Bedeutung ist. Daher ist eine frühzeitige Ansprache und Bindung des lokalen und regionalen Arbeitskräftepotenzials wichtig. Über intensive Netzwerkarbeit mit Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Hochschulen könne dies erreicht werden. Wichtig sei hierbei auch die gemeinsame Vermarktung der eigenen Region im Verbund mit Politik, Verbänden und Wirtschaftskammern.

In diesem Zusammenhang erwähnte sie das Netzwerk *SCHULEWIRTSCHAFT* in Thüringen, welches gerade die frühzeitige Heranführung von Schülerinnen und Schülern an Unternehmen unterstützt. Die Initiative gliedert sich flächendeckend in 18 regionale Arbeitskreise in Thüringen. Berufsorientierung sollte insbesondere in Regelschulen ab Klassenstufe 7 eine große Rolle spielen. Verwirklicht wird diese unter anderem durch den Thüringer Berufswahlpass, verpflichtende Schülerpraktika ab Klasse 8, praxisorientierte Projekte und durch die Schaffung von schulischen Anreizstrukturen, etwa durch den Check „Berufswahlfreundliche Schule“, wie Anette Morhard vom Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft und Geschäftsführerin des Thüringer Netzwerks unterstrich.

Gerade die frühe Berufswahlorientierung war auch für Thomas Müller, *Geschäftsführer der RSB & Co. KG in Merkers*, von großer Bedeutung. Darüber hinaus beklagte er zunehmend leistungsschwächere Bewerber und eine wachsende Konkurrenz mit finanzstarken Betrieben und Branchen.

Erste Konsequenzen des demografischen Wandels und der Probleme der Fachkräftegewinnung im ländlichen Raum sind bereits absehbar. Laut Stefan Baldus, *Geschäftsführer des Thüringer Bauernverbands*, wird das klassische Wirtschaftsfeld der Landwirtschaft bis 2020 nicht mehr flächendeckend bestehen. Bereits jetzt können 17 Prozent der Ausbildungsplätze nicht mehr besetzt werden. Aufgrund der demografischen Entwicklungen werden der heimische Bedarf und die Nachfrage sinken. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass die Tierwirtschaft abnehmen wird. Hiervon werden insbesondere die Schafwirtschaft und die Rinderhaltung betroffen sein.

Durch einen Rückgang der Tierwirtschaft werden zukünftig rund 80 Prozent der Grünflächen nicht mehr bewirtschaftet werden. Die heimische Landwirtschaft hat heute ca. 123.000 Beschäftigte. Bis 2020 werden knapp 30 Prozent weniger Arbeitskräfte im landwirtschaftlichen Sektor arbeiten. Zudem wird in den vor- und nachgelagerten Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion die Wertschöpfung sinken. Um diese Entwicklungen abzuwenden, muss die Landwirtschaft zukünftig stärker in die Nahversorgung eingebunden werden. Mittlere und große Agrarbetriebe könnten zur Grundversorgung auf dem Land beitragen. Um die Betriebsnachfolge in der Landwirtschaft besser zu organisieren, wird ein betriebswirtschaftlicher Studiengang in Thüringen gefordert.



Das Fachpodium zur Wirtschaft auf der Tagung 2012 in Heiligenstadt

Einig waren sich alle Wirtschafts- und Branchenvertreter in den Tagungen darin, dass sowohl die Berufswahlorientierung als auch die bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schülern auf die Ausbildung eine große Herausforderung darstellt. Darüber hinaus wurde ebenfalls die lokale und regionale Netzwerkbildung von Wirtschaft, Schule und Politik als Grundlage erfolgreichen Wettbewerbs beschrieben. Gleichwohl ergeben sich aus dem demografischen Wandel Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, die jedoch durch kluge Zukunftspolitik kompensiert werden können.

Aber auch bei den Älteren gebe es nach wie vor viele ungenutzte Potenziale, wie Hermann Binkert, Staatssekretär a.D., Leiter des Instituts INSA (Institut für neue soziale Antworten) bemerkte.

Es sei insbesondere darüber nachzudenken, ob nicht gerade ältere Arbeitnehmer, die über das Renteneintrittsalter hinaus berufstätig sein möchten, darin unterstützt werden sollten, wenn vielleicht auch nicht mit dem Ziel einer Vollzeitbeschäftigung. Dies sei klar aus der vom INSA Institut durchgeführten 50plus-Studie¹ abzulesen. Besonders unter den Bedingungen des Fachkräftemangels, sei ein Erhalt von Erfahrungspotenzialen bei vielen Unternehmen durchaus willkommen. Diesem gelte es flexible Möglichkeiten einzuräumen.

SOZIALE DASEINSVORSORGE

Der demografische Wandel wird ohne Zweifel die soziale Struktur, Kosten und Bedingungen in der sozialen Daseinsvorsorge nachhaltig ändern. Dies betrifft sowohl die Sozialversicherungen als auch insbesondere die Anforderungen einer Versorgung der älteren Gesellschaft. In diesem Bereich gibt es einander bedingende Entwicklungen bzw. Tendenzen, die die Verantwortlichkeiten für die verschiedenen Akteure in diesem Bereich verschärfen, worauf von den Experten und Diskutanten hingewiesen wurde. Darüber hinaus sei dabei auch auf eine generationengerechte Ausgestaltung zu achten. Der Freistaat Thüringen hat diesem Anliegen bereits Rechnung getragen und 2009 zu Beginn der neuen Legislaturperiode das Amt des Thüringer Beauftragten für das Zusammenleben der Generationen geschaffen, welches von Michael Panse aktuell ausgeübt wird.

Michael Panse betonte schon zu Beginn seiner Ausführungen, dass er die soziale Daseinsvorsorge für die Senioren in der Gesellschaft als Chance betrachte. Er hoffe auf eine Aktivierung von Ressourcen. Gegen das Gefühl der Benachteiligung einzelner Generationen spräche das hohe Absicherungsniveau in Deutschland und Thüringen insgesamt. Vergleiche mit anderen Ländern machten zudem deutlich, dass die Versorgung im ländlichen Raum auch in Zeiten des demografischen Wandels möglich bleiben wird. Eine besondere Herausforderung sieht Panse dennoch in der Verknüpfung von Angeboten. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf mögliches und gewünschtes aktives Altern im Vorruhestand und auf die Chance der Menschen, sich aktiv in der Gesellschaft einzubringen. Menschen mit zeitlichen Ressourcen könnten so zwar nicht öffentliche Pflichtaufgaben abarbeiten, dennoch mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen dazu beitragen, das Leben zu bereichern und hierdurch möglicherweise auch Lücken staatlicher Förderungen zu füllen.



Thüringens Generationenbeauftragter Michael Panse

Erörtert wurden in den Impulsvorträgen durch die Referentinnen und Referenten besonders folgende Fragen:

- Wieviel räumliche Distanz ist der Einzelne bereit zu akzeptieren und zu überwinden?
- Welche Bedeutung kommt heute noch dem sozialen Nahraum zu?
- Inwieweit kann die kommunale Daseinsfürsorge durch bürgerliches Engagement abgedeckt werden?

Zu den Panelteilnehmern gehörten Vertreter aus den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Sozialpolitikern, welche aus ihrer Sicht die Sachlagen beschrieben.



Das Fachpodium zur sozialen Daseinsvorsorge in Suhl 2011

Einigkeit herrschte darin, dass die Leistungen stärker an einem Standort gebündelt werden müssen. Die Schwierigkeit der Kommunen bestehe darin, dass sie nicht jeden Standort auf Dauer halten können und sie gleichzeitig dazu aufgefordert sind, Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger vorzubehalten. Eine Lösungsstrategie kann in der Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit liegen. Neben den örtlichen und überörtlichen Leistungserbringern (Trägern aus Politik und Verwaltung), müssen ebenso die Dienstleister (freie Träger) sowie die Anwender („Expertinnen und Experten in eigener Sache“) ihre Expertise durch aktive Teilhabe in die zukünftige Sozialplanung im ländlichen Raum mit-

einbringen. Eine strategische Landesentwicklung, die auf einer gemeinsamen Entwicklung von Lösungsansätzen zu bereichsübergreifenden Handlungsfeldern, der Daseinsvorsorge fußt und darauf abzielt, die bestehenden Abstimmungsprozesse weiter zu optimieren, müsse das Ziel sein. Durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit aller Akteure sei auch eine effizientere Bewirtschaftung der Ressourcen möglich, denn zukünftig würden Leistungen für verschiedene Personengruppen stärker als bisher in Kombinationslösungen erbracht werden. Ein Beispiel hierfür sei das Projekt der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Thüringen e.V. im Landkreis Gotha „Integrierte Sozialplanung“ mit Vertretern aus dem Bereich Verkehr und Infrastruktur, die gemeinsam Lösungsstrategien für den öffentlichen Nahverkehr erarbeiten. Zudem erfolgt eine Intensivierung des LIGA-Engagements in den regionalen Planungsgemeinschaften und in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten.

In den Forendiskussionen wurde deutlich der Auftrag an die Entscheidungsträger von heute formuliert, die Grundversorgung für zukünftige Generationen zu schaffen bzw. zu reformieren und zu modernisieren, bevor die Ressourcenknappheit zur Handlungsunfähigkeit führt. Zukünftige Änderungen in der Sozialplanung sollten nicht nur auf eine Qualitätserhöhung abzielen, sondern auch auf die Bewahrung vorhandener Qualität. Der demografische Wandel hat unterschiedliche regionale Auswirkungen, und daher müssen flexible Angebote sowie Kombinationslösungen für die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum zur Verfügung stehen bzw. gestellt werden.

Mögliche Lösungsstrategien seien die Einrichtung von Bürgerbussen zur Gewährung der relativen Nähe, die Förderung des Miteinanders der Generationen durch die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern (Herausforderung hierbei: Kommunale Bauverordnungen – barrierefreies Wohnen) oder des Mittagstisches für Senioren in Kitas, die stärkere Förderung von Tagesmutterprogrammen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit bei gleichzeitiger weiterhin breitflächiger Gestaltung des Versorgungsangebotes an Grundschulen im ländlichen Raum.

Die Verstärkung des bürgerlichen Engagements wird für die Gestaltung der ländlichen Daseinsfürsorge an Bedeutung gewinnen, auch wenn darauf hingewiesen wurde, dass das Ehrenamt keine institutionellen Strukturen ersetzen kann. Durch die Alterung der Gesellschaft wird die Familie eine stärkere Bedeutung bei der Betreuung von Pflegebedürftigen ein-

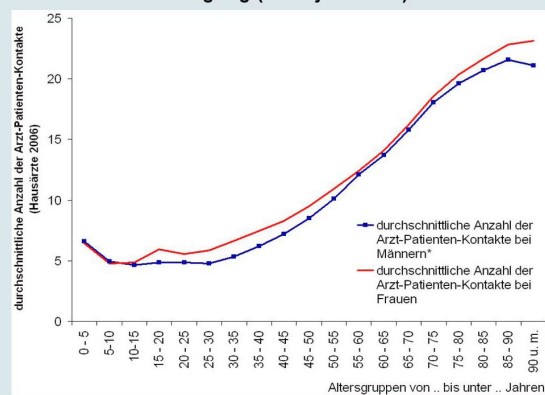
nehmen. Jedoch wird diese nicht ausreichen, um dem Fachkräftemangel bei den Pflegekräften entgegenzuwirken. Hier müssten die Arbeitsbedingungen im Interesse einer größeren Attraktivität des Pflegeberufs verbessert werden.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Die unbestritten größte Herausforderung einer älter werdenden Gesellschaft ist die Gewährleistung der ärztlichen Versorgung und von Angeboten in der Pflege². In dieser Hinsicht galt es grundsätzliche Problemstellungen zu formulieren, aber auch falsche Annahmen richtigzustellen. Matthias Zenker, Geschäftsführer Sicherstellung – Kassenärztliche Vereinigung Thüringen, verwies darauf, dass eine geringer werdende Bevölkerung den Bedarf an ärztlicher Versorgung nicht sinken lasse, sondern gerade im fortgeschrittenen Alter die Kontaktdichte steigt.

7. Gewichtung der Patientenzahlen (1)

Durchschnittliche Anzahl der Arzt-Patienten-Kontakte je Altersgruppe in der hausärztlichen Versorgung (Basisjahr 2006)



Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung
Herbert-Lewin-Platz 3, 10623 Berlin

Kassenärztliche
Vereinigung Thüringen
Körperschaft des öffentlichen Rechts

9

Quelle: Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT)

Bei einem auch weiterhin erwartbaren Anstieg der Lebenserwartung bedeute dies keine Verringerung des Ärztebedarfs. Lediglich eine Verschiebung der Bedarfe unter den Fachärzten sei projizierbar, jedoch bliebe das Hauptproblem der Versorgung mit Allgemeinärzten im ländlichen Raum bestehen, weshalb er eine Anpassung der Ausbildungskapazitäten an den Bedarf forderte, wobei auch die Bedarfsplanung selbst neu aufgestellt werden muss.

Des Weiteren, so sekundierten auch die Vertreter der Ersatzkassen, mangle es dem ländlichen Raum gegenüber urbanen Gebieten insbesondere an Attraktivität hinsichtlich von Verdienstmöglichkeiten und weichen Standortfaktoren³. Ein großer Erfolg sei in dieser Hinsicht die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, welcher in Zusammenarbeit mit der Thüringer Landesregierung geschaffen werden konnte. Es müsse jedoch auch sichergestellt werden, dass die Absolventen nach Ende des Studiums vor Ort blieben. Dafür gelte es finanzielle Förderungsmöglichkeiten anzubieten, die von der Kassenärztlichen Vereinigung und der Thüringer Landesregierung zunehmend besser verzahnt und ausgebaut werden sollten, und zwar sowohl in Bezug auf Praxisinvestitionen, Vergütungen als auch auf Fortbildungen. Die Anwerbung ausländischer Mediziner sei nur bedingt geeignet, das Problem zu lösen, da diese häufig eher urbane Gebiete vorzögen und darüber hinaus zur Verschärfung der Lage in europäischen Partnerländern beigetragen werde.

Fazit der Diskussionen auf der Tagung war, dass Gebietskörperschaften, Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung in Thüringen zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung besser zusammenwirken müssen. Die bisherige Bedarfsplanung ist hierzu nicht geeignet. Vielmehr müssen demografische Veränderungen des Versorgungsbedarfs kleinräumig berücksichtigt werden.

Neben den Diskussionen über die Sicherstellung ärztlicher Versorgung in den Regionen waren auch alternative Unterstützungskonzepte Inhalt der Veranstaltungen. Erste Ideen, wie die mobile Versorgung, das Einrichten von Stützpunkten oder das Anbieten ohne Niederlassungen, finden bereits Nachhall. Ebenfalls sollte über entlastende Strukturen für Ärzte, wie beispielsweise Gemeindeschwestern oder ähnliche Erstversorgungsangebote nachgedacht werden. In Thüringen befinden sich entsprechende Strukturen bereits im Aufbau.

Darüber hinaus verwies Prof. Dr. Vessilin Detschew auf seine aktuellen Forschungen zur Telemedizin. Die Forschungsgruppe Telemedizin der TU Ilmenau untersucht einerseits, wie die Telemedizin in die Breite getragen werden kann und andererseits, welche medizinische Versorgungsformen vor Ort im ländlichen Raum tatsächlich benötigt werden, um eine regionale Daseinsfürsorge zu gewährleisten.

Die TU Ilmenau kooperiert hierbei im Projekt „Telemedizinplattform Thüringen“ mit der Fachhochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen, dem Universitätsklinikum Jena, der T-Systems International GmbH und der GMC Systems mbH. Die Thüringer Aufbaubank fördert seit dem 1. September 2012 das Projekt mit 1,5 Millionen Euro. Ziel ist es unter anderem, die Telemedizin für die Erstdiagnose von Demenz bzw. Alzheimer nutzbar zu machen, um damit den Patienten eine Alternative zum persönlichen Besuch des Facharztes zu offerieren. Sie hat langfristig das Potenzial, die Prozesse in der medizinischen Versorgung durch Standortunabhängigkeit der Leistungserbringung grundlegend zu verändern.



Prof. Dr. Vessilin Detschew
von der TU Ilmenau

Die Herausforderung bestehe darin, die gewonnenen Erkenntnisse aus der Praxis in die Breite zu bringen sowie technische Details im Bereich der rechtlichen Absicherung zur Datenschutzgewährleistung zu klären. Des Weiteren stellt die Erhöhung der Akzeptanz beim Anwender eine Schwierigkeit dar. Den Entwicklern der Programme zur Telemedizin liegen keine Vorabinformationen über den technischen Kenntnisstand aller zukünftigen Anwender vor. Daher besteht die Notwendigkeit, die Geräte so benutzerfreundlich wie möglich

zu gestalten. Gleichzeitig ist die Zielgruppe der älteren Anwender oft mit der Nutzung der Ressource Computer nicht vertraut. Um diese Herausforderungen zu meistern, werden von der Forschungsgruppe, einem Konsortium von Fachleuten, Lösungen entwickelt.

Zukünftig kann die Telemedizin helfen, Versorgungsprobleme in unterversorgten Regionen ohne Qualitätsmangel zu lösen. Um zu erkennen, wie es um die medizinische Versorgung in den einzelnen unterentwickelten Regionen aussieht, ist die Forschungsgruppe jedoch auf die Zusammenarbeit mit und die Informationen von regional Ansässigen (Ärzten und anderen gesellschaftlichen Akteuren) angewiesen.

KOMMUNEN UND EHRENAMT

Der demografische Wandel stellt mit seiner Vielzahl von Wirkungen gerade die Kommunen vor große Herausforderungen. Abnehmende Bevölkerungszahlen und Abwanderung stellen Größe und Erhalt von Infrastrukturen infrage und lassen die Einnahmen aus den einwohnerbezogenen Finanzausgleichssystemen sinken. Damit einher gehen größere Ausgaben im Sozialbereich sowie notwendige Investitionen, um gerade für eine ältere Bevölkerung altersgerechtes Leben und Wohnen zu ermöglichen. Kleine Orte im ländlichen Bereich verlieren außerdem nahe Versorgungseinrichtungen wie Einkaufsmöglichkeiten oder Postdienste, so dass gerade hier Lösungen gefunden werden müssen.

Dr. Mario Voigt, Generalsekretär der Thüringer CDU und Landtagsabgeordneter aus dem ländlich geprägten Saale-Holzland-Kreis konstatierte, dass Thüringen mit seiner Kleinteiligkeit eine einzigartige Siedlungsstruktur aufweist. Rund 35 Prozent der Thüringer leben in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern. Aufgabe der Politik muss es sein, einen Ausgleich zwischen dem für den Freistaat prägenden ländlichen Raum und den großen Städten herzustellen. Zukünftig wird es darum gehen müssen, die Gemeinden trotz geringer Siedlungsdichte in der Fläche handlungsfähig zu halten. Hierzu zählen effektive Gemeindegrößen, eine dezentrale und bürgernahe Verwaltung sowie das Nutzen der Potenziale neuer Technologien, wie E-Government. Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist daher eine Voraussetzung, um die öffentliche Daseinsvorsorge unter veränderten demografischen Bedingungen zu organisieren.



Thüringer CDU-Generalsekretär
Dr. Mario Voigt MdL

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Bürgermeister Gerd Reinhardt aus Leinefelde-Worbis, der die Strategie seiner Stadt beschrieb, trotz Bevölkerungsrückgangs die Stadtentwicklung erfolgreich gestaltet zu haben. Mit dem Projekt „Strukturanpassung“ wurde Leinefelde-Worbis durch das bestehende Stadtentwicklungskonzept auf das Jahr 2020 vorbereitet. Dabei scheute man neben Neuerschließungen auch nicht vor gezielten Rückbaumaßnahmen zurück, um neue attraktive Räume und günstige Standortbedingungen gerade für Familien aber auch Senioren zu schaf-

fen. Leitlinien für derartige Projekte seien Sicherung der Wirtschaftsgrundlage, soziale Stabilität durch Beteiligung, städtebauliche und funktionale Qualität, Stabilisierung des Wohnungsmarktes, Sicherung der Infrastrukturen, Schutz der Ressourcen und Umwelt- und Umfeldqualität. Grundvoraussetzungen für die Realisierung waren ein langfristiges Zielkonzept und die politische Verankerung des Stadtentwicklungskonzepts.

Heike Liebmann, Leiterin der Forschungsabteilung Regenerierung von Städten beim Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, konstatierte auf der Tagung 2011 in Suhl für die Neubautätigkeit in den kommenden Jahren aus wissenschaftlicher Sicht folgende Grundsätze:

- Es ist keine deutlich erhöhte Wohnungsneubautätigkeit in den nächsten Jahren zu erwarten.
- Die Nachfrage wird sich vermutlich ausschließlich auf den Eigentumsbereich konzentrieren.
- Der Mietwohnungsbau erhält von der Nachfrageseite keine weiteren Impulse.
- An sehr guten Standorten kann Mietwohnungsbau dennoch sinnvoll sein, sollte jedoch nicht zu Lasten des bestehenden Wohnungsangebotes gehen.

Als Handlungsempfehlungen folgen daraus:

- Aufwertung und künftiger Neubau sollte auf die Stärkung der Innenstädte als Wohn- und Lebensort fokussiert werden.
- Es sollte dringend eine allgemein geteilte Priorisierung entwickelt werden, denn Potenziale und Ressourcen für einen quantitativen Zugewinn an Bewohnern, Nutzungen sowie Kapital für Investitionen sind begrenzt.
- Eine Stärkung der Innenstädte braucht u.a.:
 - Anreize für Engagement (neuer) Eigentümer
 - Moderation und Beratung (Altbaumanagement)
 - Mut zu ‚anderen‘ Strategien

- Weiterhin wird Wohnungsrückbau notwendig sein, denn bis 2020 werden weitere 200.000 bis 250.000 Wohnungen in Ostdeutschland überschüssig sein.
- Die soziale Wohnraumversorgung ist unbedingt zu sichern. Sie stärkt sozialen Zusammenhalt innerhalb von Kommunen und beugt tendenziell weiterer Abwanderung vor.
- In Zukunft wird viel stärker klimagerechte und energetische Stadt-sanierung als neue Herausforderung in den Blick gerückt.

Eine wissenschaftliche Herausforderung bleibt weiterhin, dass natürlich auch integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Basis des Stadtumbaus beständig weiterzuentwickeln und auf neue Gegebenheiten hin anzupassen sein werden.

In diesem Diskussionskomplex gab das Suhler CDU-Stadtratsmitglied Marcus Kalkhake zu bedenken, dass infrastrukturelle und städtebauliche Maßnahmen auf Grundlage statistischer Prognosen auch ambivalent betrachtet werden müssen. Einerseits stellte er heraus, dass diese sehr wohl ernst genommen werden müssen, denn zu oft ist es in der Vergangenheit geschehen, dass Gelder „verbrannt“ wurden, weil man den Wahrheiten nicht ins Gesicht sehen wollte. Andererseits warnte er aber auch davor, dass Prognosen zu oft und zu schnell zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen werden und erläuterte dies am Beispiel des Wohnungsmarktes in Suhl: Hier werden zu rasch Wohnungen vom Markt genommen, was dazu führt, dass für eigentlich erwünschte Mietergruppen – junge Familien – nicht genügend Wohnraum zur Verfügung steht und somit ein wichtiger Hebel, der Zuzug generieren könnte, nicht genutzt werden kann. Bezogen auf die Stadt Suhl als „Zentraler Ort“ erwähnte er aber auch Standortfaktoren, die als positiv zu bewerten sind: die Stadt als Eigentümer des Congress-Centrums, die gute ärztliche Versorgung, die kooperative Zusammenarbeit mit Zella-Mehlis im ÖPNV und in den gemeinsam betriebenen Stadtwerken. Das Gelingen von Kooperationen, betonte er, ist in vielen Fällen von den handelnden Personen abhängig.

Beate Kunnen aus dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (TMLFUN) bescheinigte dem ländlichen Raum nach wie vor eine hohe Attraktivität: Es gibt immer noch viele Menschen, die gern und bevorzugt dort leben. Ein Patentrezept, wie man

infrastrukturelle Standards halten kann, gibt es jedoch nicht. Stattdessen sollte man sehr auf regionale Ideen setzen und nach lokalen Lösungen suchen. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf das LEADER-Programm, das seit 2007 sehr erfolgreich eingesetzt wird und schon viele gute Ansätze und Ideen hervorgebracht hat. Die im TMLFUN gegründete „Akademie Ländlicher Raum“ soll solche Prozesse des Vernetzens und des Austauschens unterstützen. Durch Veranstaltungen und Workshops sollen Impulse für die Regionen gesetzt werden.

Gestaltungsmöglichkeiten auf kleinster kommunaler Ebene zeigte der ehrenamtliche Bürgermeister Matthias Reinz aus der nordthüringischen Gemeinde Schönstedt auf: Am Beispiel des Unternehmens TEGUT erörtert er anschließend, wie lange Wege in der Zukunft umgangen und die Nahversorgung durch Wertschöpfung in der Kommune geregelt werden können.



Bürgermeister Matthias Reinz

Unterversorgung führe zur Landflucht. Eine Möglichkeit dies zu verhindern, sei das „Lädchen für alles“. Es zeige sich an diesem Beispiel verantwortungsvolles Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit. TEGUT als Unternehmen habe das „Lädchen für alles“ entwickelt, welches quasi eine Art „Zukunftswerkstatt“ sei. Der Pächter schließt mit der Gemeinde einen Vertrag ab, und TEGUT stellt seine Produkte zur Verfügung. Dabei werden im „Lädchen“ neben dem Kerngeschäft des Lebensmittelverkaufs auch Dienstleistungen wie Lotto oder Reinigungs-

und Kopiermöglichkeiten angeboten. Parallel dazu stellt der Laden einen Treffpunkt in der Gemeinde dar, in dem Gespräche geführt und Kontakte geknüpft werden. Grundlage bildet ein innovatives Betreibermodell, in welchem soziale Partner als gemeinsame Betreiber auftreten. So gibt es im Vergleich zu anderen Supermärkten keine Preiserhöhungen.

Eine ebenfalls große Herausforderung stellt der Bevölkerungsrückgang gerade im ehrenamtlichen Bereich dar. Insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren oder die Wahlhelfer, aber auch Sport- und Heimatvereine sind zunehmend vom Nachwuchsmangel bedroht. Der Freistaat Thüringen motiviert seit 2010 das Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren

mit einer „Feuerwehrrente“, aber grundsätzlich wird sich nach der einhelligen Meinung aller Diskutanten die Nachwuchsgewinnung nur erfolgreich gestalten lassen, wenn berufliche Perspektiven für junge Leute vor Ort gegeben werden können. Viele Umfragen und Meinungsbilder lassen darauf schließen, dass gerade die Thüringerinnen und Thüringer ein hohes Maß an Heimatverbundenheit besitzen, welches häufig höher bewertet wird, als größere Verdienstmöglichkeiten an anderem Ort. In dieser Hinsicht ist gerade auf kommunaler Ebene der Zusammenhalt und Gemeinsinn weiterhin zu unterstützen, wie der Eichsfelder Landrat Dr. Werner Henning unterstrich. Pflege und Entwicklung des lokalen und regionalen Heimatbegriffs seien wichtig, da ein berufsbedingtes Verlassen der Heimatorte nicht permanent sein muss, aber auch Zugewogenen attraktive Möglichkeiten zum Mitmachen bzw. langfristigen Bleiben gegeben werden. Ein wichtiges Element sozialer und kultureller Daseinsvorsorge sind für ihn auch die christlichen Kirchen.

Klaus Brodführer, Bürgermeister der Stadt Schleusingen, verwies in seinem Beitrag darauf, dass bürgerschaftliches Engagement und Engagement in der Kommunalpolitik häufig korrelierten. Die Verantwortung aber für das Gemeinwesen wie auch für die Politik könne nicht nur bei Mandats- und Entscheidungsträgern liegen. Eine Bewusstseinsbildung für die Verantwortung des Einzelnen sei von großer Bedeutung, und dies sei am besten durch den Bezug zur Heimat möglich.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das bestätigte hohe Interesse für ehrenamtliches Engagement in der Generation „50plus“ hoch zu schätzen und zu nutzen⁴. Das heutige Altern ist ein Prozess in Etappen, der viel Raum für Aktivitäten auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben lässt. Der Thüringer Generationenbeauftragte Michael Panse wies zudem darauf hin, dass sowohl hinsichtlich des altersgerechten Wohnens, der gegenseitigen Verantwortungsübernahme als auch des Austauschs zwischen den Generationen Mehrgenerationenhäuser gute Möglichkeiten böten. Diese in Thüringen wachsenden Modelle des Zusammenlebens hätten schon in kurzer Zeit Chancen offenbart.

Dennoch war allen beteiligten Experten und Tagungsteilnehmern bewusst, dass Kommunen ein Mehr an Aufgaben nur bewältigen können, wenn auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung gegeben ist. Zugleich sei mehr Engagement der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich.

- 1| *Den Link zur Studie finden Sie im Anhang.*
- 2| *Lesen Sie hierzu weiterführend die KAS-Publikation Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege. Eine Diskussionsschrift Handreichung zur Politischen Bildung, Band 10 <http://www.kas.de/wf/de/33.33268/>.*
- 3| *Dies bezieht sich insbesondere auf Angebotsunterschiede im Bereich Theater, Kino etc. zwischen urbanen Regionen und dem ländlichen Raum.*
- 4| *50plus-Studie des INSA Instituts 2011.*

SCHLUSSBEMERKUNG

Städte und ländliche Gebiete unterlagen schon immer dem Wandel. Sie sind Heimat, Kultur- und Sozialräume, die gemeinsam und miteinander weiter entwickelt werden müssen.

Die „Zentralen Orte“ werden auch zukünftig wichtige Ankerpunkte für ihr jeweiliges Umland sein um die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen sicherstellen. Dabei wird es sich aber nicht vermeiden lassen, die aktuell hohen Standards zu regulieren und abzusenken. In vielen Fällen erscheint eine zentrale Erbringung der Dienstleistung (Verwaltung, Ärzte, Kultur) sinnvoll. Gleichwohl ist zu überlegen, wie neue Technologien genutzt werden können, so dass (Teil-)Leistungen auch dezentrale Wirkungen entfalten können (Online-Service der Verwaltung, Telemedizin, Theater- oder Bäderbus).

Wenn der Wandel erfolgreich gestaltet werden soll, ist jedoch ein (noch) offensiveres und effektiveres Zusammenarbeiten aller gesellschaftspolitischen Akteure notwendig.

WEBLINKS

- Akademie Ländlicher Raum Thüringen
<http://www.alr-thueringen.de/>

- Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html>

- INSA Studie 50plus
<http://www.50plus-studie.de/>

- Landesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT* Thüringen
<http://www.schule-wirtschaft-thueringen.de/>

- Serviceagentur Demografischer Wandel Thüringen
<http://www.serviceagentur-demografie.de/>

- Thüringer Netzwerk Demografie
<http://www.netzwerk-demografie.de/>

WIR DANKEN HERZLICH ALLE REFERENTEN UND DISKUTANTEN,
DIE AN UNSEREN VERANSTALTUNGEN TEILGENOMMEN HABEN:

Hans-Ulrich Batzke
Geschäftsführer Rudolstädter Systembau GmbH (RSB)

Stefan Baldus
Geschäftsführer des Thüringer Bauernverbands, Erfurt

Andreas Beck
Paritätischer Wohlfahrtsverband Thüringen, Erfurt

Rolf Berend
Vorsitzender der Senioren-Union der CDU Thüringen, Erfurt

Hermann Binkert
Staatssekretär a.D. und Leiter des Instituts INSA – Institut für neue soziale Antworten, Erfurt

Klaus Brodführer
Bürgermeister von Schleusingen

Rolf Busch
Landesvorsitzender des Thüringer Lehrerverbands, Erfurt

Christian Carius, MdL
Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Prof. Dr. Vesselin Detschew
TU-Ilmenau, Leiter eines Forschungsprojekts zur Telemedizin

Olaf Eberhardt
Vorsitzender des Kreissportbunds Eichsfeld

Ullrich Erzigkeit
Chefredakteur der Ostthüringer Zeitung (OTZ, Löbichau)

Dr. Arnim Findeklee
Verband der Ersatzkassen Thüringen e.V., Erfurt

Thomas Fügmann
Schulamtsleiter Jena-Stadtroda

David Gregosz
Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Stefan Gruhner
Vorsitzender des Bildungsausschusses im Kreistag Saale-Orla-Kreis

Gerhard Günther, MdL
Vors. der kommunalpolitischen Vereinigung Thüringen, Erfurt

Dr. Cornelia Haase-Lerch
IHK Erfurt – Abteilung Standortpolitik

Martin Henkel
Bürgermeister von Geisa

Dr. Werner Henning
Landrat des Landkreises Eichsfeld

Michael Heym, MdL
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Christian Hirte, MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Marcus Kalkhake
Mitglied des Stadtrats in Suhl

Inge Klaan
Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Bau,
Landesentwicklung und Verkehr

Fabian Klaus
Redaktionsleiter – Thüringische Landeszeitung (TLZ)

Thadäus König
Vorsitzender der Jungen Union Eichsfeld

Beate Kunnen
Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und
Naturschutz, Online-Akademie Ländlicher Raum

Claudia Lehmann-Uthe
Leiterin des Personalmarketings der Bauerfeind AG Zeulenroda-Triebes

Dr. Heike Liebmann
Leiterin der Forschungsabteilung Regenerierung von Städten – Leibniz-
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner

Brigitte Manke
Geschäftsführerin der Thüringer Ehrenamtsstiftung, Erfurt

Stefan Merker
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V., Referent für
strategische Sozialplanung, Erfurt

Andreas Minschke
Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung
und Verkehr

Michael Modde
Bürgermeister von Pöbneck

Anette Morhard
Geschäftsführerin des Bildungswerks der Thüringer Wirtschaft e.V., Erfurt

Thomas Müller
Geschäftsführer der RSB Rationelle Stahlbearbeitung GmbH & Co. KG,
Merkers

Ronald Münzberg
Leiter des Präsidialbereichs des Thüringer Landesamtes für Statistik,
Erfurt

Michael Panse
Beauftragter für das Zusammenleben der Generationen des Landes
Thüringen

*Dr. Ralf Pieterwas
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südthüringen,
Suhl*

*Gerd Reinhardt
Bürgermeister Leinefeld-Worbis*

*Matthias Reinz
Bürgermeister der Gemeinde Schönstedt*

*Pfarrer Steffen Riechelmann
Jugend- und Erwachsenen-Bildungshaus Marcel Callo, Heiligenstadt*

*Gottfried Schugens
Vorstandsmitglied des VdK Hessen-Thüringen, Bezirksverband Ost-
thüringen*

*Kathrin Schulz
Redakteurin der Ostthüringer Zeitung (OTZ-Greiz)*

*Martina Schweinsburg
Landrätin des Landkreises Greiz*

*Jochen Stöckmann
LIGA-Studie zur Implementierung eines strategischen Zentrums für
Sozialplanung | Paritätischer Wohlfahrtsverband Thüringen, Erfurt*

*Erik Thürmer
Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes Wartburgkreis*

*Dr. Mario Voigt MdL
Vorsitzender des Bildungsausschusses im Thüringer Landtag und
Generalsekretär der CDU Thüringen*

*Helmut Weißbrich
Volkssolidarität Pöbneck e.V.*

*Roswitha Weitz
Geschäftsführerin der IWT – Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH,
Erfurt*

*Dr. Christoph Witzel
Leitender Redakteur der Südthüringer Zeitung, Bad Salzungen*

*Henry Worm, MdL
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag*

*Matthias Zenker
Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen,
Weimar*

*Dr. Klaus Zeh
Minister a.D., Oberbürgermeister von Nordhausen*

*Frank Zimmermann
Geschäftsführer Aus- und Weiterbildung der IHK Ostthüringen, Gera*

*Christine Zitzmann
Landrätin von Sonneberg und Landesvorstandsmitglied der
Volkssolidarität, Landesverband Thüringen e.V., Erfurt*

ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloss Eichholz
Urfelder Str. 223
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-2236-707-4212
E-Mail: melanie.piepenschneider@kas.de

Maja Eib
Landesbeauftragte für Thüringen und Leiterin Politisches Bildungsforum
Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Andreasstraße 37b
99084 Erfurt
Telefon: +49(0)-361-65491-0
E-Mail: maja.eib@kas.de

Daniel Braun
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Politisches Bildungsforum Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Andreasstraße 37b
99084 Erfurt
Telefon: +49(0)-361-65491-14
E-Mail: daniel.braun@kas.de

Philipp Lerch
Leiter der KommunalAkademie
Bildungszentrum Schloss Eichholz
Urfelder Str. 223
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-2236-707-4213
E-Mail: philipp.lerch@kas.de

PUBLIKATIONSREIHE
„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

- **Band 1:**
J. Christian Koecke, Michael Sieben:
Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen, Geschichte, Organisation
3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-012-8
- **Band 2:**
Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kommunen
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7
- **Band 3:**
Klaus-Jürgen Engelen: Die energiepolitische Zukunft der Europäischen Union. Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010
- **Band 4:**
Andreas Kalina: erfolgreich.politisch.bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland 2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-013-5
- **Band 5:**
Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.): Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
Wesseling / Hannover, März 2011
ISBN 978-3-941904-96-5

- **Band 6:**
 Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
 DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der
 DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen
 Ausstellung
 3., überarbeitete Auflage
 Wesseling / Potsdam, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-005-0
- **Band 7:**
 Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
 Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen
 durch das SED-Regime und ihre Folgen
 2., überarbeitete Auflage
 Wesseling / Hannover, Mai 2011
 ISBN 978-3-942775-16-8
- **Band 8:**
 Klaus-Jürgen Engelen:
 „Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele
 zur Staatsschuldenkrise in der EU
 Wesseling, April 2012
 ISBN 978-3-942775-81-6
- **Band 9:**
 Annette Wilbert:
 Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis
 Wesseling, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-30-9
- **Band 10:**
 Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
 Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege.
 Eine Diskussionsschrift
 2., unveränderte Auflage
 Sankt Augustin/Berlin, März 2013
 ISBN 978-3-944015-36-1

- **Band 11:**
 Jana Kulhay:
 Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum
 und ihre Mediennutzung
 Sankt Augustin/Berlin, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-33-0
- **Band 12:**
 Andreas Jungherr, Harald Schoen:
 Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und
 Kampagnenfunktionen
 (Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS,
 Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)
 Sankt Augustin/Berlin, Juni 2013
 ISBN 978-3-658-01012-6
- **Band 13:**
 David Jonathan Grunwald:
 Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen
 Erwachsenenbildung
 Wesseling/Berlin, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-008-1
- **Band 14:**
 Maja Eib, Daniel Braun:
 Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
 am Beispiel Thüringens
 Wesseling/Erfurt, Januar 2014
 ISBN 978-3-95721-014-2

FOLGENDE PUBLIKATIONEN IN DER REIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“ SIND FÜR 2014 GEPLANT:

- *Strategische Steuerungsinstrumente für Politik und Verwaltung*
- *Umgang mit Social Media*
- *Energiewende vor Ort*
- *Auftrag Demokratie – Geschichte der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung
Teil I: 1957-1997*